

# Partizipation für die Stadt von morgen

Sally Below, Moritz Henning, Daniela Riedel

Einmal mit der Seilbahn über das Ausstellungsgelände zu schweben – das war für viele Besucher ein Höhepunkt der Interbau 1957 in Berlin. Vom zerstörten Bunker am Zoo über den Landwehrkanal, vorbei an den aufregend neuen Bauten der Berliner Nachkriegsarchitektur, dem Schwedenhaus, Oscar Niemeyers eleganter Wohnscheibe und Alvar Aaltos Finnenhaus. Wer nicht Seilbahn fuhr, bestieg einen Hebekran, von dem aus man das gesamte Gelände im Tiergarten überblicken konnte. Die Interbau glich einem Volksfest, man feierte die ›Stadt von Morgen‹.

Gerade mal ein Drittel der Häuser war fertig gestellt zur Eröffnung, dennoch war die Begeisterung allerorten groß. Die Musterwohnungen mit ihren Features wie Durchreiche, gefliestem Badezimmer, Arbeitsplatz im Schlafzimmer, Einbauküche oder Maisonette-Grundrissen ließen vom Architekten bis zur Hausfrau alle staunen. Rund eine Million Besucher zählte man, nachdem am 6. Juli 1957 die bis dahin durch Planen verhüllten Baustellen für das Publikum geöffnet wurden, bis zum offiziellen Ende der Interbau Ende September. Zahlreiche Gäste waren aus Ost-Berlin und sogar aus dem Ausland angereist. Das Echo war überwältigend, die Zeitungen waren voll des Lobes. Hinterfragt wurden weder der Entstehungsprozess noch die Zusammenstellung der Architekten noch die Planungen selbst. Ein leitender Ausschuss unter Vorsitz des damaligen BDA-Präsidenten Otto Bartning hatte die Auswahl aus den eingereichten Entwürfen getroffen, die Bürger durften bestaunen, was Fachleute für geeignet befanden. Es gab eine schöne Ausstellung, einen Katalog und viele Pläne, die den Weg durch das Gelände wiesen.

*Die Stadt Berlin begrüßt die Ausstellung mit besonderer, stolzer Freude. Sie ist glücklich über das Geschenk eines einzigartigen neuen Stadtviertels. Sie ist stolz, mit diesem kühnen Experiment der internationalen Bauwelt einen Beitrag von geistigem Rang liefern zu können. Sie ist überzeugt, dass die Ausstellung intensiv nach dem Osten ausstrahlen und die Leistungen der westlichen Welt beweisen wird. Sie hofft für sich selbst, mit diesem richtungweisenden Werk die Stellung der deutschen Hauptstadt neu zu befestigen. Der Regierende Bürgermeister von West-Berlin, Otto Suhr, anlässlich der Eröffnung der Interbau am 6. Juli 1957.*

## Vom Staunen zur Teilhabe

Ob die Menschen heute noch genauso unvoreingenommen und begeistert auf ein derartiges Vorhaben reagieren würden, ist fraglich. Über fünfzig Jahre später sind die Umstände andere. Die Stadt lebt nicht mehr in der Euphorie des Nachkriegs-Wirtschaftswunders. Der sozialistischen DDR eine Mustersiedlung der Zukunft entgegenzusetzen ist überflüssig geworden, es gibt keine Überlegenheit gegenüber anderen mehr zu demonstrieren. Viele Bürger

*Erst kam der Bausenator auf die Bühne ans Mikrophon, dann der Bundesbauminister Oscar Schneider, schließlich der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen. Und sie redeten ihre dürren Reden, während der Saal von Pfiffen aus Mund und Trillerpfeife, von schrillen Schreien, Buh-rufen und Erbsengeknall hallte. Irgendwo hat es auch nach faulen Eiern gestunken. Zivile Polizisten sammelten sich distinktiert an den Saaltüren, uniformierte Polizisten stapften lautlos auf die Ränge und forderten nur neuerliche Crescendi heraus. Es war erstaunlich, wie die Redner verbittert weiter in den Lärm redeten; es war seltsam, dass man um keines ihrer Worte bange sein musste, kein Satz dabei, in dem sich ein kluger, ein origineller, ein gewitzter, gar ein humorvoller Gedanke Bahn durch den Krach ge-brochen hätte.*

*Manfred Sack, »Elfenbein und Lehm«,  
Die Zeit, 21. 10. 1984*

*Mehr, als die Mauer es je getan hat, verhindert heute in der Friedrichstadt die Monostruktur des sozialen Wohnungsbaus jede Entwicklung. In mickrigen Erdgeschoss gibt es statt Läden in der Regel nur Müllkammern und Rollstuhlrampen. Da nützt es wenig, dass Straßen und Plätze der Form nach rekonstruiert wurden. Gebaut wurde ein Bild ohne Entwicklungspotential. Ein Besuch der Ritterstraße sei all jenen empfohlen, die auf der Fischerinsel ähnliches ausprobieren wollen.*

*H. Wolfgang Hoffmann, »Viel Post, wenig Moderne«,  
TAZ vom 5. 4. 1997*

sind heute vielmehr verunsichert; Arbeitslosigkeit, Zukunftsängste, Klimawandel, Politikverdruss und gefühlte Bedrohungen haben sie skeptisch gemacht. Auf der anderen Seite haben die Menschen gelernt. Sie haben gelernt, das politische Geschehen zu hinterfragen, ihre Bedürfnisse zu artikulieren und Foren für die Einmischung zu suchen. Nicht zuletzt haben Staat und Kommunen heute eine Vielzahl von Verfahren etabliert, die den Einfluss des Bürgerwillens sicherstellen sollen.

Viele dieser Ansätze, die heute fester Bestandteil städtischer Interaktion sind, entwickelten sich in den Jahren nach der Interbau. Die zweite große Berliner Bauausstellung, die IBA 1987, deren Anfang ja schon in den 1970ern lag, hatte dann auch einen ganz anderen Stand als ihre Vorgängerin. Es wurde eben nicht mehr nur gestaunt, sondern auch kritisch hinterfragt. Gerade im

Bezirk Kreuzberg, Schauplatz der IBA-Alt, in dem seit den beginnenden 1970er-Jahren im Protest gegen Kahlschlagsanierung und Vernachlässigung eine kraftvolle kreative und alternative Szene entstanden war, saß die Skepsis gegenüber staatlich verordneten Großereignissen tief. Man vermutete – nicht ganz zu Unrecht – eine Vereinnahmung durch die Politik, Mietsteigerung und Verdrängung. Die Macher der IBA-Alt sahen diese Situation offensichtlich als

Herausforderung im positiven Sinne. Nicht nur die vorhandene Bausubstanz, sondern auch deren Bewohner wurden als »Bestand« verstanden, mit dem zu arbeiten war: Der Planungs- und Gestaltungsprozess wurde über unterschiedlichste Beteiligungsangebote zugänglich gemacht. Die IBA-Neu hatte da weniger Ambitionen. Zwar begriff auch sie die existierende Stadt, den bestehenden Stadtkörper als Arbeitsgrundlage. Die dazugehörigen Bewohner jedoch wurden allenfalls imaginiert. Manchmal ging dies gut: Einige IBA-Quartiere sind nach wie vor propere Vorzeigesiedlungen. Nicht wenige sind allerdings auch Schauplätze sozialer Konflikte, investiert wird dort schon lange nicht mehr,

stellenweise werden sie sogar abgerissen. Dennoch: Der jahrelange Prozess der Ideenfindung, der Planung und der Weiterentwicklung wurde immer offener dargelegt. Eine Vielzahl von Publikationen und Präsentationen gab zumindest Aufschluss über das, was in Planungsbüros und Amtsstuben ausgeheckt wurde.

## Wer redet mit?

Vieles, was bei der IBA-Alt noch ausprobiert wurde, ist heute ins planerische Selbstverständnis übergegangen. Dass die Beteiligung der Bürger und ›betroffener‹ Bevölkerungs- und Interessensgruppen an einer Planung und an der Entwicklung von Maßnahmen sinnvoll und richtig ist, haben Vertreter der Verwaltungen und der Politik erkannt. Doch wie weit ist daraus ein relevanter Teil der Verfahrens- und Entscheidungskultur geworden?

Auch wenn sich Verfahren und Abläufe in den Jahren verändert haben, bestimmt die öffentliche Hand gemeinsam mit beauftragten Fachleuten und im Zusammenspiel mit Investoren doch nach wie vor mehr oder weniger allein über die Stadtentwicklung. Ob Shoppingmall, Wohnanlage oder Park, oftmals wird – trotz formaler Bürgerbeteiligung nach Beschlussfassung – das von den Experten entworfene Bild in die Wirklichkeit übertragen. Der Bürger darf dann nicken oder fernbleiben; an der Ideenproduktion, der Zielfindung ist er nur selten beteiligt. Die Frage nach dem ›Wie wollen wir in der Stadt gemeinsam leben?‹ beantworten andere für ihn. Durch die Finanznot der Kommunen kommt in den letzten Jahren ein anderer Faktor hinzu: Unternehmen und Investoren werden zu einflussreichen und maßgeblich gestaltenden Akteuren. Sie entscheiden im Interesse ihrer Aktionäre, Fonds und weltweit agierenden Vorstände, wo und in welcher Form gebaut wird, und damit auch, wie städtische Flächen genutzt werden. Mit ihren Gebäuden manifestieren sie eine globale und internationalisierte Sicht auf den gebauten Raum. Wo die Stadt gestalterisch mitredet – und damit auch ein gutes Stück Bürgerinteresse vertritt –, wird sie nicht selten von Investoren und auch von den Medien als ›Verhinderer‹ dargestellt.

Wirtschaftlichkeit und Effizienz sind dabei zu einem weit verbreiteten Dogma der Stadtentwicklung geworden, bei städtischen und bei Investorenprojekten – ohne darunter allerdings meist mehr zu verstehen als das simple Einsparen von Geld. Von einem ›nachhaltigen‹ Ansatz, den sich so viele Städte auf die Fahne geschrieben haben, ist diese Entwicklung meilenweit entfernt. Und viele Planungsverantwortliche, Medienvertreter, aber auch der ›kleine Mann von der Straße‹ machen sich diese Denkweise zu eigen. Auch im wachsenden Wettbewerb der Städte um Ansehen und Geltung werden vor allem wirtschaftlich orientierte Kämpfe geführt. Dazu gehören auch die Landmarks, die überall aus dem Boden sprießen. Doch wer sagt, dass die Städte auf dem richtigen Weg sind, wenn sie sich den alleinigen Kriterien

*Ich glaube, der Paradigmenwechsel hat nicht bei Hämer stattgefunden, nicht bei der IBA-Alt. Das ist eine Geschichte, die viel, viel länger in der Nachkriegszeit in Europa diskutiert wurde. Ich glaube, dass man zu allen Themen sehr prominente Vorgängerprojekte finden kann. Zum Beispiel die Frage nach dem lokalen Wohnumfeld, das war eine Fragestellung, die im Kreis des Team 10, bei den Smithsons, von Eyck, deCarlo oder Bakema sehr intensiv geführt wurde, insbesondere die Frage des Zugangs, des Außenraums, des Innenraums, des sozialen Mikromilieus wurden ganz intensiv diskutiert.*

*Die Frage der Planbarkeit von Kommunikation, sozialen Prozessen, Mitbestimmung ist eine Frage, die seit Anfang der 60er Jahre auf der Agenda steht. Die ganze Diskussion um die Planungsmethodik dreht sich um genau dieses Problem: Kann man eine komplexe Wirklichkeit mit unterschiedlichen Wertvorstellungen und Dynamiken überhaupt planen? Damit wurde sich sehr intensiv befasst, und das führte im Endeffekt auch zu diesen Projekten der Mitbestimmung. Ich glaube, dass es wichtig ist, die IBA 87, zumindest IBA-Alt, als eine Form von praktischer Anwendung, eine Form von Verortung in einem ganz konkreten lokalen Umfeld, auch bei einer breiten Bevölkerung zu sehen, um diese wichtigen Themen zu platzieren, dass aber erfolgreiche Projekte und Diskussionen darüber auch schon viel früher geführt worden sind.*

*Jesko Fezer, Architekt und Publizist, Berlin 2007*

effizient beplanter Flächen oder der Bebauung unter Marketingaspekten beugen? Vielleicht ist ja zukünftig eher mit einem bürgerfreundlichen, diskursierproben und sozial orientierten Umfeld Staat zu machen als mit der Zahl der Firmensitze internationaler Großkonzerne. Die Global Player ziehen dahin, wo gerade die günstigsten Konditionen für sie herrschen; wenn sich diese ändern – und meist reden wir dabei über Geld – ziehen sie weiter. Das Gros der Menschen aber bleibt.

### Zwischen Konflikt und Konsens

Die vielen Kontroversen, Diskussionen und Aktivitäten gerade in Berlin verdeutlichen immer wieder, dass die Stadtentwicklung eines der wichtigsten politischen Handlungsfelder ist. Der Einfluss der Planung auf die Lebensbedingungen aller bringt dabei auch die Aufgabe

mit sich, einen Interessenausgleich zwischen der Verwaltung, den Investoren und den Bürgern zu schaffen. Und es scheint, als würden hier die üblichen Beteiligungsverfahren manchmal nicht ausreichen. Die Fragen, die sich für die Berliner Stadtentwicklung stellen, sind komplexer geworden, die Umstände andere im Vergleich zu den Aufgaben der Nachkriegszeit oder der Nachwendephase.

Aktuell wird das sichtbar in zwei Bürgerentscheiden, in denen Planungen des Berliner Senats in Frage gestellt werden. Wenn auch mit vollkommen unterschiedlicher Motivation, gelang es den Gegnern der Schließung des Flughafens Tempelhof und der Initiative ›Mediaspree versenken‹, die Menschen gegen (statt für) etwas zu mobilisieren – mit Instrumenten, die 1957 und auch 1987 noch undenkbar waren: Volksentscheid, Werbekampagnen

und Internetformate. Die verschiedenen Interessengruppen standen sich gegenüber und verschärften ihre Positionen mit inszeniertem Medienspektakel. Den für die Entwicklung des Spreerraums unter dem Label Mediaspree verantwortlichen Stellen, die das Verfahren ja schon vor Jahren in die Wege geleitet hatten, ist formal wahrscheinlich wenig vorzuwerfen. Die vorgeschriebenen Bürgerbeteiligungsprozesse wurden sicherlich durchgeführt, die Beschlüsse gerichtsfest gemacht und die Planungen ausgelegt. Ein gesellschaftlicher Konsens, der zu einer gemeinsamen Zielsetzung aller Betroffenen und damit einer konstruktiven Zusammenarbeit geführt hätte, war aber ganz offensichtlich noch nicht hergestellt. Um solche Szenarien zu vermeiden, um die Stadtgesellschaft – und dazu gehören nicht nur die Bürger, sondern selbstverständlich auch die Verwaltungen untereinander, Investoren oder Projektentwickler – entlang solcher Themen nicht zu spalten, ist es unerlässlich, in einen intensiven Dialog mit der Öffentlichkeit zu treten.

*Mit der IBA versöhnte sich die Stadt nicht nur mit der Vergangenheit, sondern auch mit ihrer sozialen Wirklichkeit. Türken, Sozialhilfeempfänger und Jugendliche, die einfach anders leben wollten, wurden nicht länger als Randgruppen ausgegrenzt. Statt sie als Teil des Problems zu sehen, wurden sie zu einem Teil der Lösung. Die IBA half den Bewohnern, jene Energie, mit der sie sich zuvor der Abrissbirne entgegengestellt hatten, nun in die Instandsetzung ihrer Häuser umzulenken. Sie unterstützte Selbsthilfegruppen und beriet jene, die so viel Eigeninitiative nicht mitbrachten. Die Nutzer, denen das Gesetz bis heute keine mündige Rolle zubilligt, wurden zu gleichberechtigten Mitspielern, ja Initiatoren der Stadtentwicklung.  
H. Wolfgang Hoffmann, ›Viel Post, wenig Moderner‹,  
TAZ vom 5. 4. 1997*

## Planung ist Kommunikation

Großvorhaben – und dazu gehört auch eine Internationale Bauausstellung – betreffen die ganze Stadt, ihre Gestalt und ihr Selbstverständnis. Ein reges Interesse der Bürger an solchen Ereignissen ist vorauszusetzen – mit positivem oder negativem Tenor. Denn hier geht es nicht nur um Gestaltung, es geht um die Verwendung von Steuergeldern, um Mittel, die vermeintlich an anderer Stelle mehr gebraucht würden, es geht um Nachbarschaften, Besitzstandswahrung, immer noch auch um Eifersucht zwischen Ost und West, um grundsätzliche Zweifel an der Kompetenz der Verantwortlichen, und vor allem um Emotionen und Ängste. Für viele war es schwer nachzuvollziehen, warum so viele Berliner, die ganz bestimmt keine Geschäftsflieger sind, für die Weiternutzung des Tempelhofer Feldes als Flughafen gestimmt haben. Viele Menschen empfinden jedoch anstehende Veränderungen zunächst einmal als bedrohlich und weniger als Chance, und diesem Gefühl haben sie offensichtlich Ausdruck gegeben. Hier muss man sie abholen.

Die Erfahrungen zeigen: Ein komplexer Planungsprozess ist immer auch ein Kommunikationsprozess, der aber häufig nicht so abläuft, wie die Beteiligten sich das vorgestellt haben. Umfangreichere, offenere und öffentlichkeitswirksamere Beteiligungsverfahren können zu einer positiven Entwicklung solcher Vorhaben beitragen. Einige deutsche Städte – Hamburg, Köln und auch Berlin – erproben bereits neue Maßnahmen und Instrumente. Sie arbeiten dabei auch mit den informell agierenden Akteuren und Pionieren zusammen. Diese eint, dass sie durch ihre Herkunft und Berufsausbildung das Werkzeug und die Fähigkeit haben, Fragen zu stellen, sich einzumischen und Alternativen zum Vorhandenen zu entwickeln. Die große Herausforderung aber ist, auch die Menschen, die sich bislang nicht in Initiativen engagieren, zu »aktivieren«.

## Instrumente der Partizipation

Dass die Investition in Stadt ganz unterschiedliche Formen annehmen kann, zeigen verschiedene gesellschaftliche Gruppen, die zunehmend eigene und andere Bilder ihrer Umgebung entwerfen. Sie experimentieren im öffentlichen Raum und an gesellschaftlichen »Übergangsorten«: ungenutzte Häuser, leere Flächen oder symbolische und politisch bedeutsame Orte wie zum Beispiel der Palast der Republik in Berlin. Diese Aktiven wollen zeigen, was jetzt und in Zukunft wichtig für die Stadtentwicklung ist: die Gestaltung und das Agieren im sozialen Raum. Diese Projekte charakterisiert dabei eine ganz andere Vorgehensweise: Statt Masterpläne zu entwickeln und Baumassen zu fixieren, arbeiten sie schrittweise und prozesshaft. Durch soziale und künstlerische Sinnzuschreibungen wird die Sicht auf den

*Die zentrale Frage war: Wem gehört die Stadt? Wer kann partizipieren an städtischen Entscheidungen, wie will ich mein Wohnumfeld, meine Wohnung haben? Wie kann diese Fragestellung eigentlich gesichert werden heute, oder andersherum: Was wurde abgebaut von damals, was wurde institutionalisiert in bestimmten Gremien, in eine Struktur der IBA? Diese Bewegung, Demokratie von unten, die das sich Nehmen von Räumen, sich Gestalten von Raum wurde institutionalisiert zwischen Stadt und Bevölkerung.*

*Oliver Frey, Technische Universität Wien, 2007*

Bestand verändert; Freiräume des Denkens über mögliche Zukünfte entstehen. Sie befüllen das Vakuum der gesellschaftlichen Leere und kreieren dabei auch neue Verfahren und Instrumente des Austauschs. Initiatoren dieser Verhandlungen sind häufig junge Architekten- und Stadtplanerteams, Künstler, Kulturinteressierte, soziale Initiativen und Bewohner. Sie eint der Gedanke, dass es noch andere Wege der ›Zukunftsproduktion‹ gibt.

Dabei werden die realen Orte des öffentlichen Informationsaustauschs und der persönlichen Auseinandersetzung – Plätze, Parks, Clubs, Brachen, Theater und Sozialräume – immer mehr durch die Kommunikation mit neuen Medien ergänzt. Neben den ›klassischen‹ Schauplätzen entwickelt sich das Internet<sup>1</sup> zum mächtigen öffentlichen Experimentierraum der Meinungsbildung. Über Mailinglisten, Weblogs oder Social-Networking-Websites vernetzen sich die Menschen. Sie knüpfen von zuhause aus Kontakte, tauschen Meinungen aus und halten Beziehungen, quer durch alle Bevölkerungsschichten und über Landesgrenzen hinweg.

So ist auch der Ansatz für erfolgreiche Beteiligungsverfahren eine Kombination von Maßnahmen, der klassische Instrumente der Bürgerbeteiligung – Versammlungen oder Bürgerkonferenzen, Stadtspaziergänge, Workshops, Befragungen – mit neuen Begegnungsformen wie Wahrnehmungswerkstätten<sup>3</sup> und TED-Meetings<sup>4</sup> sowie innovativen Methoden der elektronischen Kommunikation kombiniert – Wiki<sup>5</sup>, Google Earth<sup>6</sup>, GIS<sup>7</sup>. Dreh- und Angelpunkt ist dabei das Internet mit moderierten Online-Dialogen, einem umfangreichen Informationsangebot und einer transparenten Planungsbegleitung.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse aus der Praxis zeigen, dass öffentliche Expertisen zur kreativen Ressource der Entscheidungsfindung werden können. Die Bürger sind ›nah dran‹, wenn es um das Aufzeigen von Qualitäten einzelner Orte, die Vermittlung ihrer Nutzungsanforderungen an den öffentlichen Raum und auch das Mitentwickeln von Leitbildern geht. Sie können fundierte inhaltliche Beiträge für die Vorbereitung z. B. von Wettbewerbsverfahren leisten, oder die Verwaltung beim Verteilen öffentlicher Gelder in einem Bürgerhaushalt mit sehr pragmatischen und kreativen Haltungen überraschen. Auch Pro-Contra-Gegensätze brechen auf. In den moderierten Verfahren erhöht sich das Verständnis für Beweggründe und Handlungsoptionen anderer bei allen Beteiligten. Und im Gegensatz zu Bürgerversammlungen, bei denen immer die Gleichen das Wort haben, lässt die Beteiligung im Internet auch die sonst stillen Bürger zu Wort kommen. So können sich auf den ersten Blick langwierige und damit teurere Procedere zu handfesten Vorteilen für die Verfahrensabläufe wandeln, Entscheidungsprozesse werden erleichtert und sogar verkürzt. Durch die hohen Beteiligungszahlen im Internet sind zudem die Kosten bezogen auf die einzelnen Beteiligten niedrig – starke Argumente auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Das Internet ist mehr als ein weiteres ›öffentlichkeitswirksames‹ Instrument – es kann vielmehr Teil der städtischen Kultur und einer Gesamtstrategie für den Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern sein. In öffent-

lichen Kommunikationsräumen werden verschiedene Interessen in argumentativen Prozessen zusammen geführt, das Diskussionsbedürfnis von Verwaltung und Öffentlichkeit kanalisiert und in eine stadtpolitische Entscheidung auf breiter Basis überführt.

## Grundlagen für Diskurs und Beteiligung

Die Grundlagen für eine zukunftsorientierte Beteiligung aller an der Stadtplanung sind also da – es gibt allerdings noch einiges zu verbessern. Was häufig in großen Planungsverfahren noch fehlt, bedingt auch durch den Aufbau der Verwaltung und die Aufteilung in Senat und Bezirke, ist ein konzeptioneller Ansatz – eine Dramaturgie des Beteiligungsprozesses, die disziplin-, zielgruppen- und medienübergreifend strukturiert und verbindet. Dabei geht es nicht, wie vielerorts leicht einmal verwechselt wird, um eine Marketingstrategie, denn diese kann und sollte erst entwickelt werden, wenn die Inhalte und Botschaften definiert sind, sondern um eine klare und transparente Herangehensweise an ein Thema, das viele Menschen angeht. Das Beteiligungsangebot muss in ein Gesamtkonzept von Prozessgestaltung, Politik- und Konfliktberatung sowie Kommunikationsstrategie eingebettet sein. Diese Strategie, die über Handlungsfelder, Zuständigkeiten, Disziplinen und Verwaltungseinheiten hinweg einen Blick in die Zukunft öffnet, wird bei jedem größeren Projekt gebraucht. Sie ermöglicht nicht nur, Schritte der Entwicklung begründbar vorzuplanen und mit anderen stadtplanerischen Vorhaben zu vernetzen, sondern bringt auch ein tragfähiges Leitbild und damit Motivation für einen oft schwierigen Prozess.

Beteiligung heißt dabei, nicht nur abzufragen, sondern Ideen und Ansätze offen zu diskutieren, mutig und steuernd. Ein wichtiger Grundstein dafür ist ein Konsens bei den Verantwortlichen darüber, dass die eingeholten Meinungen tatsächlich in die Planungen einbezogen werden. Denn letztlich geht es hier auch um Machtgabe und das Mitreden lassen bei wichtigen stadtpolitischen Entscheidungen. Ohne diese offizielle Zusage und das Vertrauen in den Austausch ist ein solcher Ansatz nicht denkbar. Dieses Vertrauen muss dann auch kommuniziert werden, den direkten Adressaten – also der Stadtgesellschaft – ebenso wie den Multiplikatoren und den Medien, deren Meinungen stets auch Meinung in der Stadt machen. Auf dieser Basis werden verschiedene zentrale Stränge kommunaler Politik verbunden: Planung, Dialog und Themensetzung. Gerade eine Veranstaltung wie eine Bauausstellung mit ihrer langjährigen Laufzeit wäre eine große Chance, die schon bestehenden Formate der Beteiligung zu

*Wer nicht die Kraft hat, den Versuch zu machen, rauszukriegen, was die Leute wollen und dies dann in Planungskonzepten umzusetzen und von sich aus die Gestaltung in die Hand zu nehmen, der, denke ich, wird scheitern. Und da ist für mich die Altbau-IBA, wenn man die Ansprüche nimmt, und die Realität heute anschaut, gescheitert. Deshalb meine These, Sie müssen eine Idee haben, für wen Sie planen und bauen, Sie müssen eine Idee haben, wie Sie es finanzieren und langfristig und nachhaltig tragbar machen.*  
Rudolf Kujath, Geschäftsführer SOPHIA Berlin GmbH, 2007

*Auch eine soziale Umwelt braucht eine gute Architektur. Und deshalb verstehe ich nicht ganz die IBAs, die alle Probleme dieser Welt lösen wollen, die sagen, wir wollen ja gar nicht bauen, wir wollen integrieren, wir wollen nachhaltig sein. Warum nennt man das denn Bauausstellung? Bauen Sie doch! Machen Sie doch eine gute Architektur, und lassen Sie uns andere Probleme auf andere Weise lösen.*  
Hartmut Häußermann, Humboldt-Universität Berlin, 2007

erweitern und zu öffnen und so Erfolge auf ganz neuen Ebenen zu erlangen – in der Planung selbst und in der Öffentlichkeit.

### **Berlin braucht den Diskurs**

Berlin braucht Zukunftsvisionen und Ziele – nicht nur für Tempelhof. Zu- und Abwanderung, Internationalisierung und Alterung der Gesellschaft, aber auch die Schaffung von familiengerechtem Wohnraum im innerstädtischen Bereich sind Themen, die in den nächsten Jahrzehnten politische Brisanz entfalten werden. Die Verhandlungen im Raum werden also weiter zunehmen.

So müssen wir – auch über eine IBA hinaus – neu darüber nachdenken, wie die an der Stadtentwicklung Beteiligten miteinander kommunizieren können. Von der Verwaltung zum Bürger, vom Planer zum Nutzer, vom Anwohner zum Investor sind Brücken zu bauen, um die Stadt als Lebensraum für alle attraktiv und identitätsstiftend zu halten. Für die Zukunftsfähigkeit von Berlin ist es entscheidend, neben der baulichen Gestaltung auch die Interessen der Menschen, ihre Netzwerke und deren Aushandlungen zu entschlüsseln und für die Stadtentwicklung nutzbar zu machen.

Die Kommunikation in der und über die Stadt anzuregen und zu steuern ist eine wichtige Aufgabe von Politik und Verwaltung. So könnte man Partizipationsverfahren nicht nur als Notwendigkeit und als Mittel zur Verhinderung späterer Konflikte sehen, sondern auch als wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer mündigen Stadtgesellschaft. Unter diesem Blickwinkel wäre eine neue Bauausstellung in Berlin ein Experimentierfeld nicht nur in planerischer und gestalterischer Hinsicht, wie es noch 1957 der Fall war, sondern auch die Weiterentwicklung der IBA-Alt und damit ein Experimentierfeld der Dialogkultur.

### **Anmerkungen**

- 1 Die Gruppe der Internetnutzer in Deutschland nimmt stetig zu. In den letzten sieben Jahren hat sich der Anteil der Nutzer von 37 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahre auf 60,2 Prozent erhöht. Zehn Millionen Menschen können sich vorstellen, sich elektronisch an Verfahren zu beteiligen.
- 2 Projekte der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit medienübergreifenden Dialogen in Berlin: Masterplan Kulturforum, Parkgestaltung Gleisdreieck, Erweiterungskonzept Bernauer Straße, Nachnutzung Flughafen Tempelhof.
- 3 Wahrnehmungswerkstatt: Methode, bei der Gruppen durch Erkundungen mit Unterstützung von Wahrnehmungsinstrumenten sowohl die verborgenen Potenziale eines Ortes als auch die Wünsche und Erwartungen an dessen Entwicklung herausarbeiten. Auf der Basis der kollektiven Wahrnehmung werden ein Konsens über das Ziel der Planung hergestellt und Anforderungen an künftige Nutzungen vorgeschlagen.
- 4 TED-Meeting: elektronisch unterstützte Präsenzveranstaltung. Die Teilnehmenden erhalten zu Beginn der Veranstaltung kleine Fernbedienungen (Keypads). Per Knopfdruck können sie über die präsentierten Vorschläge und Fragen abstimmen.

- 5 Wiki: Software und Instrument zur Unterstützung der Kommunikation und des Wissensaustauschs. Texte können durch Wiki-Funktionen über das Internet nicht nur gelesen, sondern auch geändert werden. Sie ermöglichen es, dass verschiedene Autoren gemeinschaftlich an Texten arbeiten. Ein bekanntes Beispiel ist das Lexikon Wikipedia [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org).
- 6 Google Earth: unentgeltliche Software im Internet, die einen virtuellen Globus darstellt. Sie kann Satelliten- und Luftbilder unterschiedlicher Auflösung mit Geodaten überlagern und auf einem digitalen Höhenmodell der Erde zeigen.
- 7 GIS: Kurzform für Geographische Informationssysteme. Dieses System dient der Erfassung, Speicherung, Analyse und Darstellung von Daten, die sich auf räumliche Objekte beziehen, und kann eine Verknüpfung von Sachdaten mit der jeweiligen örtlichen Lage darstellen.